

DKP/Linke Liste tritt zur Kommunalwahl an

Die Wahlversammlung der DKP/Linke Liste Mörfelden-Walldorf hat am 18. November 2025 einstimmig beschlossen, dass die Wählergemeinschaft DKP/Linke Liste ihre Arbeit fortsetzt und zur Kommunalwahl in Mörfelden-Walldorf am 15. März 2026 einen Wahlvorschlag einreicht. Folgende 12 Schwerpunkte, die der Presse bereits am 27. September 2025 vorgestellt wurden, sind die Hauptthemen der DKP/Linke Liste für die Kommunalwahl 2026:

- Mehr Geld für Städte und Gemeinden einfordern
- Keine weitere Belastung der Einwohner*innen
- Einwohnerbeteiligung vor Entscheidungen
- Qualität der Betreuung und Platzangebot in Kitas und Schulen erhalten und erhöhen
- Friedenspolitik von unten betreiben
- Ärztliche Versorgung verbessern und sichern
- Den Ausverkauf städtischen Eigentums stoppen
- Mehr für bezahlbares Wohnen tun
- Klima schützen – Grüne Lungen erhalten
- Dem Flughafen Grenzen setzen
- ÖPNV und Fahrradfahren attraktiver machen
- Vereine weiter fördern und unterstützen
- Diskriminierungs- und Barrierefreiheit gewährleisten
- Nicht vergessen wo wir herkommen
Stadtgeschichte dokumentieren und lebendig halten

Auf dem Wahlvorschlag der DKP/Linke Liste Mörfelden-Walldorf zur



(1) Silke Baumann (2) Emil Reichold (3) Alfred J. Arndt (4) Gerd Schulmeyer



(5) Dietmar Treber (6) Simona Sergi (7) Yusuf Hazir (8) Harald Hermsdörfer

Hier sind die ersten 8 Kandidierenden auf unserer 27 Personen umfassenden Liste. In den nächsten Ausgaben des „blickpunkt“ stellen sich auch die anderen vor und erläutern ihre politischen Vorstellungen.

Kommunalwahl 2026 stehen 27 Kandidatinnen und Kandidaten. Silke Baumann – seit 2021 Stadtverordnete der DKP/LL (Platz 1), Alfred J. Arndt – für die DKP/LL im Magistrat und Bürgermeisterkandidat 2025 (Platz 3), Gerd Schulmeyer – langjähriger Fraktionsvorsitzender (4), Dietmar Treber – unser Mann im Vereinsausschuss (5) und Tim Beyer mann (9) stehen für Kontinuität und kommunalpolitische Erfahrung. Emil Reichold (2), Simona Sergi (6), Yusuf Hazir (7), Harald Hermsdörfer (8), und 18 weitere Bewerber*innen steigen neu oder wieder ein. Die meisten der Kandidat*innen sind „stadtbekannt“ und ortsverbunden. Sie stehen für

langjährige Arbeit im Interesse der Einwohner*innen unserer Stadt. Im Stadtparlament und außerparlamentarisch. Versammlungsleiter Dietmar Treber stellte fest: „Mit der heutigen Wahlversammlung ist ein großer Schritt zu einer erfolgreichen Beteiligung an der Wahl zur nächste Stadtverordnetenversammlung getan. Wir danken allen für die Bereitschaft zur Kandidatur, freuen uns auf einen aktiven und erfolgreichen Wahlkampf und ein gutes Ergebnis am 15. März 2026.“

Damit Mörfelden-Walldorf nicht zur Groß-Stadt wird - DKP/Linke Liste.

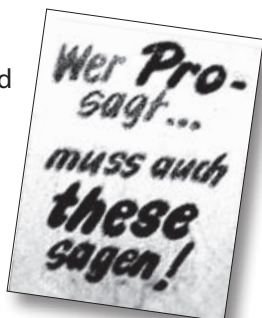
Die mit dem „blickpunkt“.

Wer Pro sagt, muss auch ..these sagen!

**Die Bundeswehr sucht Freiwillige. Mit viel Geld werden große Werbekampagnen finanziert. In Schulen machen Offiziere Reklame. Man macht Versprechungen „wir finanzieren deinen Führerschein!“ Die ersten Bundeswehrsoldaten, die noch von Wehrmachtsoffizieren ausgebildet wurden, erklären in der Presse:
„Ich war gern Soldat, ich habe nichts bereut!“**

Bei einer ersten großen Aktion gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht war ich dabei. Damals, wenige Jahre nach dem Krieg, zog eine Demonstration des DGB vom Römerberg an den Trümmerhaufen vorbei. Es gab Transparente, die man heute noch gebrauchen könnte: „Aufrüstung ist ein Bombengeschäft! Fragt sich nur, für wen?“ Ich habe sie fotografiert. Dort traf ich zum ersten Mal einen jungen Mann, der sehr entschlossen wirkte.

Er trug ein Schild mit der Aufschrift:
„Wer Pro sagt...
muss auch
these sagen!“



Sein Schild wurde sehr beachtet. Er humpelte ein wenig, denn er hatte nur ein Bein. Es gab damals viele junge Männer wie ihn. Wenn ein Arm fehlte, steckte man den leeren Ärmel in die Jackentasche. Vielen fehlte ein Bein oder ein Fuß. Sie zogen mit ihren Krücken im Demonstrationzug mit, um gegen die geplante Wehrpflicht und eine neue Wehrmacht zu protestieren. Helmut wurde am 26. Januar 1925 geboren. Mit 18 Jahren wurde er zur Wehrmacht eingezogen, mit 19 Jahren wurde er schwer verwundet und mit 20 Jahren wurde ihm ein Bein amputiert. Später sagte er einmal zu mir: „Damit war meine Jugend zu Ende.“

Dabei hatte Helmut Glück, denn viele in seinem Alter überlebten nicht, sie starben den „Heldentod“, so stand es jedenfalls in den Todesanzeigen der damaligen Zeitungen.

Manche Eltern schrieben dazu: „In stolzer Trauer!“ Manche Mütter wollten nicht mehr weiterleben.

Die jungen Männer starben keinen Heldentod. Sie wurden in Schützengräben zerfetzt, verbrannten in ihren Panzern und schrien nach ihren Müttern. Das wurde oft erzählt und es stimmte.

Helmut war viele Jahre im VdK und im DGB aktiv und berichtete davon.

Er las viel, meist klassische Literatur, interessierte sich für Philosophie und war Schachspieler. Er hörte gerne klassische Musik. Lange Zeit spielte er Klavier und Akkordeon. Helmut starb am 30. November 2018.



Beim Schreiben dieses Textes fragte ich mich natürlich - warum schreibe ich das eigentlich, selbst 91jährig. Wichtig ist mir, daß die heute lebenden jungen Menschen wissen, was Krieg ist. „Mit 18 eingezogen, mit 20 das Bein verloren.“

Damit war meine Jugend zu Ende“ sagte mein Freund Helmut. Ich denke genau so und habe die jungen Leute von heute im Blick.

Rudi Hechler



Auch in unserer Stadt gab es damals Demonstrationen gegen eine neue Wehrpflicht.

Es geht aufwärts !

(jedenfalls mit den Steuern...) 

Im Vorfeld der „Schutzschirmvereinbarung“ wurde den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt eine stufenweise Anhebung der Grundsteuer B bis zu einer Höhe von 430 % zur „Haushaltskonsolidierung“ angekündigt. Abweichend von den Regelungen im Vertrag wurde der Hebesatz schon damals vorzeitig, rückwirkend und deutlich erhöht. Seitdem ist die Erhöhung der Grundsteuer B immer das Erste, was den Stadtkämmerern – ob von Grünen, FW oder CDU – einfällt. Mit dem Haushalt 2025 wurde gegen unsere Stimmen ein Hebesatz von 778 % beschlossen. CDU, FDP und FW hätten damals gerne schon mehr genommen. Im Haushaltsplan 2026 schlägt Bürgermeister Karsten Groß eine Erhöhung auf 998 % vor. Nach dem beigefügten „Haushalts-sicherungskonzept“ ist bis 2029 von einer Steigerung auf 1.940 % auszugehen. Ein nachhaltiger Haushaltsausgleich ist trotz dieses und anderer Griffe in die Taschen der Einwohner*innen nicht zu erwarten. Wir lehnen einen Haushaltsausgleich auf Kosten der Hauseigentümer*innen – zum größten Teil Eigentümer*innen selbstgenutzter Ein- und Mehrfamilienhäuser – und Mieterinnen und Mieter in unserer Stadt ab. Wir erwarten, dass im Interesse der Einwohner*innen unserer Stadt dafür gekämpft wird, dass Kita-Plätze für alle Kinder von Land und Bund bezahlt werden. Damit wäre ein großer Schritt zum Haushaltsausgleich getan.

Unsere Fraktion DKP/LL hat beantragt, den Hebesatz der Grundsteuer B wird für das Haushaltsjahr 2026 auf die Höhe von 430 v.H. festzusetzen. Der Magistrat wird aufgefordert, sich im Interesse der Stadt und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner bei Land und Bund nachdrücklich für mehr Geld für die Kommunen einzusetzen. Insbesondere soll nachdrücklich die Übernahme der Aufwendungen für Bau und Unterhaltung der Kitas und der vollen Personalkosten



Ständige Grundsteuererhöhung: Soll das ewig so weitergehen?

für die „Betreuung von Kindern in Einrichtungen“ eingefordert werden, um den hier jedes Jahr steigenden Fehlbetrag – im HH 2026 über

15 Mio€ – „nachhaltig“ auszugleichen. Eine Senkung der Kitabeiträge bis zum Nulltarif ist dabei zu thematisieren.

ANZEIGE

*Liebe ist grundnüchterne Arbeit
vor allem gegen eigene Illusionen
die träumen die Sache zu klein*

Gisela Steineckert

Conni Hechler-Birkwald

11.2.1958 - 11.11.2025

Du bleibst meine große Liebe
Der Kampf wird noch schwerer

Norbert Birkwald

statt Blumen: Spenden an Friedens- und Zukunftswerkstatt
IBAN DE20 5005 0201 0200 0813 90, Frankfurter Sparkasse

Gundhof nicht verkaufen!

Verkauf des städtischen Grundstücks „Am Gundhof 6 rückgängig machen“



Im Dezember 2024 hatte die Stadtverordnetenversammlung in nichtöffentlicher Sitzung mehrheitlich den Verkauf des städtischen Grundstücks „Am Gundhof 6“ (ehemaliges Forsthaus) beschlossen. Die DKP/LL hatte beantragt, den Tagesordnungspunkt in öffentlicher Sitzung zu beraten und zu beschließen, das Grundstück nicht zu verkaufen.

Unsere Anträge wurden mehrheitlich abgelehnt. Laut Beantwortung unserer Anfrage vom 9.9.2025 ist der vereinbarte Kaufpreis für das Grundstück bis heute nicht bei der Stadt eingegangen. Um weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden ist es höchste Zeit, wie auch immer geartete weitere Nachforderungen

und weiteres Entgegenkommen zu Gunsten des Käufers abzulehnen, den Verkauf rückgängig zu machen und das Grundstück im städtischen Eigentum zu belassen. Die Stadtverordnetenfraktion DKP/Linke Liste hat daher beantragt, dass der Magistrat beauftragt wird, unverzüglich von dem Verkauf des o.g. Grundstücks zurückzutreten. Damit könnte auch ein Schlusstrich unter die jahrzehntelange Praxis gezogen werden, städtische Sachwerte – oft unter Preis – zu verkaufen, nur um Haushaltslöcher zu stopfen. Die Stadt sollte über einen umfangreichen Immobilienbesitz verfügen, um überhaupt noch städteplanerisch mitreden zu können.

Am falschen Ende gespart

Am Rande des diesjährigen Jahresfestes der städtischen Beschäftigten war zu hören: Wer länger als fünf Jahre in Rente ist, wird nicht mehr eingeladen. Bisher war es guter Brauch,

dass alle Rentner*innen an der „Weihnachtsfeier“ teilnehmen konnten.

Wir meinen: So sollte man mit Kolleginnen und Kollegen nicht umgehen, die oft ihr ganzes Arbeitsleben

„bei der Stadt“ waren und die sich über dieses Treffen mit ihren früheren Arbeitskolleg*innen freuen. Wer das entschieden hat, wissen wir nicht.

Der Haushalt wird damit sicher nicht ausgeglichen. Zumal bei Anmeldung eine Eigenbeteiligung von 10,- € zu bezahlen ist.

**Wir
müssen
draußen
bleiben**



LESERBRIEF

Volkstrauertag

Tradition hin oder her. Er wird begangen, Pflichtterminus des Bürgermeisters, VdK ist Ausrichter der Veranstaltung. Die Trauerhalle mit vier großen Kränzen geschmückt, ein Trio spielt zur Eröffnung „Heilig, heilig...“ von F. Schubert. Der Bürgermeister spricht, nennt die beiden Weltkriege, die gegenwärtigen Kriege Israel-Palästina (Gaza), Ukraine-Russland. Er spricht von der Gefahr, die aus den USA droht. Der Vertreter des VdK spricht von den 80 Jahren seit Ende des 2. Weltkrieges, der Millionen Tote, Verwundete, Flüchtlinge und Vertriebene gekostet hat. Das Musiktrio spielt noch zwei weitere Stücke, zum Schluss „Ich hatt' einen Kameraden“. Dann Kranzniederlegung.

In einer halben Stunde ist alles vorbei. Ganze 15 Menschen haben sich aus der 35.000 Einwohnerstadt eingefunden, darin mitgezählt die zwei Redner, das Musiktrio, der Pressevertreter. Volkstrauertag ohne Volk schrieb ich schon vor ein paar Jahren. Früher kam der Gesangverein, der Posaunenchor, der Spielmannszug. Heute interessiert sich keiner mehr für das Leid der Kriege. Obwohl die politische Lage noch nie so ernst war wie heute.

Der Werte-Westen kämpft gegen eine Atommacht. Die Aufrüstung gepaart mit der Rekrutierung unserer Jugend. Man sagt uns, dass wir unsere Freiheit in der Ukraine verteidigen. Das hat aber auch in Afghanistan nicht geklappt. Rüstung verspricht Riesengewinne der Kriegsindustrie. Die Rechnung wird das Volk bezahlen durch höhere Steuern, durch Kürzung und Wegfall sozialer Leistungen. „Wir werden Russland ruinieren“ (Baerbock). Es ist abzusehen, dass wir uns selbst ruinieren, wirtschaftlich und sozial.

Rudolf Dötsch, Schumannstr. 3,
64546 Mörfelden-Walldorf

Herausgabe von Melde- daten Minderjähriger an die Bundeswehr – auch in Mörfelden-Walldorf?

Unter der Überschrift „Bundesregierung setzt weiter auf Rekrutierung Minderjähriger“ war dieser Tage in einer Zeitung zu lesen: „Rund 600.000 Postkarten versendet die Bundes-



wehr jedes Jahr, um Minderjährige für das Töten und Sterben zu begeistern. ...

Mit der Rekrutierung von Minderjährigen verstößt die Bundesrepublik seit Jahren gegen die UN-Kinderrechtskonvention. ...“ Grund genug für eine Anfrage an den Magistrat:

1. In welchem Umfang gibt das Einwohnermeldeamt der Stadt Mörfelden-Walldorf persönliche Daten von Minderjährigen zu Werbezwecken an die Bundeswehr heraus?
2. Auf welcher Grundlage, in welchem Umfang (Geburtsjahrgänge?) und zu welchen Stichtagen (Quartalsbeginn?) findet diese Herausgabe statt?
3. Ist die Stadt dazu verpflichtet, Meldedaten von Minderjährigen an die Bundeswehr heraus zu geben oder kann sie die Herausgabe verweigern?
4. Können Minderjährige der Herausgabe ihrer Meldedaten widersprechen oder müssen das Erziehungsberechtigte tun?

Wir sind gespannt auf die Antwort.

Städtische Haushaltspolitik: Ein falscher Weg

Die Stadt Mörfelden-Walldorf hat – wie die meisten Kommunen – ein Einnahmeproblem. Die nach wie vor hohe Verschuldung fast aller Städte und Gemeinden ist die Folge einer Finanzpolitik des Bundes und der Länder, die große Vermögen, hohe Einkommen, Aktien- und Spekulationsgewinne nicht angemessen besteuert, den Kommunen nicht die notwendigen Mittel bereitstellt, um ihre verfassungsmäßigen Aufgaben erfüllen zu können und die ihnen immer wieder Verpflichtungen zuweist, ohne für eine entsprechende Finanzausstattung zu sorgen. Stattdessen wird immer mehr Geld in die weitere Aufrüstung gesteckt.

In unserer Stadt wurden in den letzten Jahren u.a. die Grundsteuer B und andere Steuern, Kitabeiträge, Eintrittspreise für öffentliche Einrichtungen und Veranstaltungen drastisch erhöht und neue Abgaben eingeführt. Gleichzeitig wurde verstärkt bei notwendigen Investitionen für bezahlbaren Wohnraum und „Bauunterhaltung“ gestrichen und öffentliches Eigentum verkauft,

ohne einem nachhaltig ausgeglichenen Haushalt näher zu kommen. Mit „Sparen“ ist ein Haushaltsausgleich nicht zu erreichen. Gestrichene oder aufgeschobene öffentliche Leistungen und Investitionen kommen die Kommunen schon jetzt – erst recht in Zukunft – teuer zu stehen. Geringverdiener*innen werden von dieser Entwicklung besonders hart getroffen. Sie werden über ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinaus belastet. Nicht nur ihnen wird die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschwert. Die Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten vieler Kinder werden weiter eingeschränkt. Mit dem Haushaltsplanentwurf für 2026 wird auch in unserer Stadt dieser Kurs fortgesetzt. Das ist ein falscher Weg.

Die DKP/Linke Liste hat deshalb der Stadtverordnetenversammlung einen umfassenden Haushaltsbegleit Antrag zur Weiterleitung an die Fraktionen des Hessischen Landtags und des Bundestags, die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung vorgelegt.

Einwohnerinnen und Einwohner nicht noch mehr belasten.

Die Forderung nach mehr Geld für die Städte und Gemeinden ist deshalb unverzichtbar.

- ▶ Vollständige Entschuldung der Kommunen mit Hilfe des Landes, des Bundes und der Banken, ohne die Bevölkerung noch mehr zu belasten;
- ▶ volle Kostenübernahme aller den Kommunen übertragenen Aufgaben, insbesondere der Kosten für Bau und Unterhaltung von Kindertagesstätten und der vollständigen Personalkosten für die Betreuung von Kindern in den Kitas und anderen Einrichtungen.
- ▶ Rücknahme der Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich und eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Städte und Gemeinden bei der Neuberechnung.
- ▶ Sicherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit und Selbstverwaltung durch einen erhöhten Anteil an den Steuereinnahmen.
- ▶ Unterstützung der Kommunen durch zusätzliche Mittel für alle kriegs- und krisenbedingten Einnahmeausfälle und Mehraufwendungen.

Wald in Gefahr!

Regionalverband möchte Tür zur Waldvernichtung öffnen



Nachhaltige Waldwirtschaft? „Nicht die Wälder, die Forstplantagen sterben“ (Pierre Ibisch, Professor für Naturschutz an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde). Das Foto entstand im Februar 2023 im Mönchbruchwald.

Gegenwärtig wird der neue Regionalplan mit Flächennutzungsplan ausgearbeitet. Dieser Plan ist alles andere als freundlich für unseren Wald und die Natur. Für die vorgesehene Nutzung müssten im Falle der Umsetzung große Waldflächen gerodet werden. Im Norden von Walldorf wird in den nächsten Jahren eine Gleisstrecke für die Anbindung der S-Bahn an das neue Terminal 3 erschlossen. Für diesen Zweck soll ein großer Teil des Bannwaldes, der nach § 22 des Hessischen Waldgesetzes unter besonderem Schutz steht, gefällt werden. Dieser Wald leistet an dieser Stelle einen unersetzlichen Beitrag für das Ökosystem und den Klimaschutz. Er ist Lärmschutz, Staub- und Schadstofffilter für die Menschen in unserer Stadt und nicht zuletzt Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Ohne ihn würde die Bevölkerung der Flughafenrainer noch mehr unter Feinstaub- und Ultrafeinstaubpartikeln vom Flughafen leiden.

Um diese Maßnahme und ihre ökologischen Folgen zu verhindern, wurde von der Stadt Mörfelden-Walldorf der Wunsch eingebracht, einen Tunnel für die Bahn zu bauen. Ob dieser Tunnel realisiert wird, ist offen, da dessen Umsetzung zu Mehrkosten führt. Im Westen und Südwesten von Mörfelden im Bereich Mönchbruch

– Königstädten – Groß-Gerau – Nauheim – Mörfelden ist nahezu die gesamte Waldfläche neu als „Vorhaltgebiet oberflächennaher Lagerstätten“ vorgesehen. Das bedeutet, dass hier Kies abgebaut werden könnte. Es wäre fatal im Hinblick auf den Klimawandel, wenn auch dieser Wald gerodet würde. Er bindet und bildet sehr viel Grundwasser und wirkt dem Temperaturanstieg entgegen. Jetzt wird im Langener Stadtwald – Stichwort Sehring-Kiesgrube – ein weiteres Areal Bannwald gerodet. Weitere Waldflächen sind entsprechend deklariert. Statt immer mehr wertvoller Waldflächen in unserer Region für den Kiesabbau abzuholzen, wäre bspw. ein Umdenken zur Wiederverwertung von Bauschutt dringend erforderlich. Betonsubstrat aus Bauschutt zur Herstellung von Beton zu nutzen, ist möglich.

Der Wald jedenfalls kann sich nicht so schnell regenerieren und wachsen, wie er vernichtet wird. Er ist eine unwiederbringliche Ressource für unsere Lebensgrundlagen und die nachfolgender Generationen. Weiterhin ist im neuen Regionalplan immer noch die Südumgehung vorgesehen.

Die Planung zu dieser Straße stammt aus der Zeit Ende der 60er Jahre. Immer wieder gab es in der Stadtpolitik Debatten und Überlegungen zu Vari-

anten der Umsetzung. In einer Anliegerversammlung zur Sanierung der Gerauer-Straße (B44) wurde in der Präsentation von Hessenmobil klar mitgeteilt, dass man den Bau der Südumgehung nicht realisieren werde. Es sei vom Planfeststellungsverfahren und der eigentlichen Bauplanung zu kosten- und zeitintensiv. Darüber hinaus liegt ein Umweltgutachten vor, in dem eindeutig festgestellt wird, dass die vorgesehenen Wald- und Feldflächen aus Naturschutzgründen nicht durch diese Straßenbaumaßnahme verändert werden dürfen.



Einmal Egelsbacher Weg: 55 Euro!

Weil zu viele Autos in den Egelsbacher Weg fahren, hat die Verwaltung das Schild „Anlieger frei“ entfernen lassen. Was seit der Motorisierung des Proletariats möglich war, nämlich mit dem Auto auf seinen Acker, an seinen Garten zu fahren, kostet jetzt Geld. Einige Gartenbewirtschafter und Ackerbauerinnen gerieten in die Falle der Stadtpolizei und wurden abkassiert: 55 Euro Bußgeld!

„Land- und forstwirtschaftlicher Verkehr frei“ steht da jetzt. Betreiben Gartenbewirtschafter keine Landwirtschaft? Der Schnepenhäuser Bauer verkauft die Früchte des Bodens und seiner Arbeit, die Schrebergärtnerin isst sie selbst.

Selber essen kostet die Mörfelder Schrebergärtner künftig 55 Euro? Ein Hammer!

Anlieger, die ihren Garten besuchen, sollten gegen so ein Knöllchen Widerspruch einlegen.

Ein viel krasserer Widerspruch zeigte sich vor kurzer Zeit, als nämlich zum Beispiel die Familie H. ihren Zaun um den Garten, nebst Hütte, abreißen musste und den Spaß verlor, ihn weiter zu bewirtschaften. Im Außenbereich durften auf Geheiß der Grünen, keinerlei „Bauten“ errichtet werden. Der Garten wurde aufgegeben. Statt dessen steht da jetzt ein 30 Meter hohes und mehrere Hektar großes Lagergebirge von Aldi. Alles natürlich nach Recht und Gesetz.

Die wachsende LKW-Karawane ist ja viel weniger störend als das kleine Auto, das zum Gärtchen fährt. Der gestiegene Autoverkehr auf dem Egelsbacher Weg mag lästig sein, aber macht euch mal Gedanken, wie ihr den Verkehr verringern könnt, ohne gleich Knöllchen zu verpassen!

Rummel um Trump-Pläne:

Wer möchte einen möglichen Frieden in der Ukraine unbedingt abwenden?

Für die Falken in Deutschland, Frankreich, Polen und anderswo wäre ein Frieden in der Ukraine regelrecht katastrophal. Die Bedrohungslüge über einen angeblich geplanten und zu erwartenden Überfall Russlands auf die EU-Länder, mit dem eine Militarisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft gerechtfertigt wird, würde wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Für dementsprechend viel Wirbel sorgte der neue „Friedensplan“ für die Ukraine. Der Rummel in den Medien und auf politischer Ebene wirft eine Reihe Fragen auf. Immerhin wurden die 28 Punkte nicht offiziell bekanntgegeben, so dass man davon ausgehen muss, dass es sich bei der in den USA erfolgten Veröffentlichung um eine gezielte Indiskretion handelte, womöglich dazu gedacht, eine Lösung zu torpedieren. In erster Linie dient dieser neue „Plan“ dazu, Trump einmal mehr als „Friedensstifter“ darzustellen und den Eindruck zu vermitteln, die US-Regierung sei Herr der Lage. Den vorangegangenen, von Trump vorgeschlagenen Friedensplan hatte die Ukraine immerhin de facto abgelehnt, was der Grund dafür sein dürfte, dass eine neue Fassung mit überarbeiteten Vorschlägen zustande gekommen ist. Als Irreführung gedacht und geradezu lächerlich war die kursierende Behauptung, „die Russen“ hätten an den 28 Punkten mitgeschrieben oder es sei ein „Trump-Putin-Plan“. Ganz offensichtlich ist, dass das 28-Punkte-Papier nicht ein Ergebnis bilateraler Gespräche ist, zu viele der bekanntgewordenen Punkte sind für die Russen ganz gewiss nicht akzeptabel. So etwa eine geplante Verwendung der illegal eingefrorenen russischen Gelder und eine Amnestie, mit der verhindert würde, dass sämtliche Behauptungen über angebliche russische Kriegsverbrechen, über die angebliche Entführung von ukrainischen Kindern, die zum Haftbefehl gegen Putin führte, sowie die kriminelle Sprengung der NordStream-Pipeline, aber auch die riesige Korruption in Kiew ohne

Aufklärung bleiben würden. Anstatt Bemühungen um Verhandlungen und damit einen möglichen Frieden zu unterstützen, wird schon fast panikartig von der Ukraine und deren europäischen Unterstützern in der NATO und in der EU-Führung an dem „Friedensplan“ herumgebastelt. In der derzeitigen Form käme er angeblich einer „Kapitulation“ der Ukraine gleich, was keineswegs stimmt. Die Kriegstreiber in EU und NATO geben sich offenbar immer noch der Illusion hin, sie könnten Russland eine strategische Niederlage auf dem Schlachtfeld bereiten – offensichtlich wollen sie Informationen über die reale Lage in der Ukraine einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Hinzu kommt, dass die Kriegstreiber, die sich in der „Koalition der Willigen“ zusammengefunden haben, offenbar kein Konzept für die Zeit nach dem Krieg haben oder dafür, wie sie mit ihren völlig korrupten Schützlingen in Kiew umgehen sollen. Die europäischen NATO-Länder und die EU, die systematisch Öl ins Feuer gießen, müssen befürchten, dass die gewaltigen Lieferungen von Waffen und Geld an Kiew im Falle eines Friedens nicht mehr zu begründen sein werden. Kaum war die Rede vom neuen „Friedensplan“, schon fielen die Aktien der deutschen Waffenschmiede Rheinmetall geradezu in den Keller
„Aus UNSERE ZEIT, Zeitung der DKP“.

Na dann - fröhliche Weihnachten...



Wir wünschen unseren Leser*innen
trotzdem schöne Festtage und
ein gutes Neues Jahr

Stadtgeschichten



Im September 1953 fand zum ersten Mal das Mörfelder Dreiecksrennen statt. Die 1,55 km lange annähernd dreieckige Rennstrecke führte von der Ringstraße über die Bahnhofstraße und die Westendstraße wieder zur Ringstraße. Start und Ziel war der Knick der Ringstraße. Dort befindet sich heute die Bahnunterführung, die den Mörfelder Ortskern mit den in den 70ern entstandenen Neubaugebieten verbindet. Das über 50 Runden gehende Rennen war ein Ereignis von überregionaler Bedeutung, das von vielen hundert Zuschauern an den Straßenrändern begleitet wurde. Das Rennen wurde über Lautsprecheranlagen kommentiert. Viele Durchsagen sind noch in Erinnerung, denn für Rundensiege wurden von Mörfelder Geschäftsleuten Sonderpreise ausgesetzt. Das konnte alles Mögliche sein, von einem „Fresskorb“ bis zu Radio- und Fernsehgeräten oder

Fahrrädern. So war Runde für Runde ein Ereignis für sich. Die Fahrer kamen von überall her, und es waren bekannte Namen dabei.

Das 25. Rennen im Jahr 1977 war dann leider auch das letzte. Damals starteten 114 Fahrer, darunter seit vielen Jahren wieder einmal ein Mörfelder: Ernst Liese mit der Rückennummer 31. Auf dem Siegerpodest standen aber Fahrer aus der Region: Klaus Sohl aus Bellheim, der für den Bellheimer RC Silber-Pils fuhr, Bruno Podesta für den Rad- und Motorsportverein Breckenheim e.V. (vormals Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“), und L. Eigner aus Babenhausen.

Unser Bild, aufgenommen von Reinhard Treber im September 1953, zeigt eine Gruppe von Fahrern in der Westendstraße vor dem Volkshaus (rechts außerhalb des Bildes), die sich schon „in die Kurve legen“, um in die Ringstraße einzubiegen.

Heiligabendparty

- Eintritt frei -

Mittwoch, 24. Dezember 2025 von 22 - 2 Uhr

Garantiert frei von Tannenbaum und Adventskranz bietet der KulturBahnhof allen Unterschluß, die genug haben von Gänsebraten, Geschenkebergen und Blockflöte spielender Verwandtschaft. Geboten wird der bewährte Mix aus Cocktails und Stromgitarre.



dkp-mw.de



youtube.com/dkpmoewa



[Instagram.com/dkpmoewa](https://instagram.com/dkpmoewa)



facebook.com/DKPLinkeListe

Mehr Infos:



Unser Lexikon

Schbrisch

Liewer zuviel
gesse,
wie zu wenisch
gedrunke.